



**Kreis
Steinfurt**



Hörstel



Hopsten



Ibbenbüren



Mettingen



Recke



**Wester-
kappeln**

Herrn
EU-Kommissar
GÜNTHER OETTINGER
European Commissioner for Energy
B – 1049 Brussels

Kontakt:
Kreis Steinfurt
Tecklenburger Str.10
48565 Steinfurt
Tel. 02551 69-0
Durchwahl 69-2703

15. November 2011

Steinkohleförderung in NRW, hier in Ibbenbüren angesichts veränderter Rahmenbedingungen

Sehr geehrter Herr Kommissar Oettinger,

nach derzeitiger Beschlusslage entfällt ab dem Jahr 2018 die rechtliche Grundlage für die Subventionierung der Steinkohleförderung.

Wir sind uns bewusst, dass die EU im Sinne einer klimafreundlichen Politik anstrebt, zukünftig nur noch erneuerbare saubere Energien zu nutzen.

Auch wir sehen die Notwendigkeit, die Nutzung regenerativer Energien intensiv weiter voranzutreiben. Im Kreis Steinfurt sind wir im Rahmen des Agenda-21-Prozesses seit vielen Jahren in einer Vorreiterrolle. Wir versuchen auf den verschiedensten Ebenen den Energieverbrauch zu reduzieren und den Anteil erneuerbarer Energien deutlich zu erhöhen. Beispielhaft seien hier genannt: Das durch EFRE-Mittel geförderte Projekt „Energieautark 2050“ mit dem Masterplan Wind, das Integrierte Klimaschutzkonzept für den Kreis Steinfurt, die Beteiligung am European Energy-Award, das Angebot „ÖKOPROFIT“ für die Betriebe und die energetische Gebäudesanierung von Privathäusern durch unsere Initiative „Haus im Glück“.

Gerade angesichts der derzeitigen Entwicklungen weltweit und speziell in Deutschland stellt sich jedoch die Frage, ob die unumkehrbare Stilllegung der vier verbliebenen Zechen im Industrieland Nordrhein-Westfalen richtig ist. Hierdurch würde auf Dauer der Zugang zum Rohstoff Steinkohle verbaut.

Aktuelle Entwicklungen geben Anlass, die Möglichkeit des Offenhaltens der Förderung von Steinkohle in Deutschland zumindest zu diskutieren:

- Die Entwicklung der Energiepreise führt bereits heute dazu, dass der Bedarf an Subventionen z. B. für den Standort Ibbenbüren erheblich kleiner wird; möglicherweise kann eine zukünftige Steinkohleförderung ganz ohne Subventionen erfolgen.

- Gerade die Energiewende in Deutschland führt dazu, dass Kohle und Gas in Deutschland auf lange Sicht unverzichtbar werden. Verzichtet man auf die Förderung der heimischen Rohstoffe, führt dies zu einer verstärkten Abhängigkeit von Ländern außerhalb der EU.
- Wird in Deutschland keine heimische Kohle mehr verstromt, sondern Import-Kohle, so wird die Umwelt durch lange Transportwege zusätzlich belastet.

Angesichts dieser veränderten Situation stellen sich folgende Fragen:

- Angenommen, ab 2018 wäre die Förderung von Steinkohle in Deutschland ohne Subventionen wirtschaftlich möglich: Kann ein privater Betreiber in diesem Fall die Steinkohleförderung aus Sicht der Kommission eigenverantwortlich weiterführen? Sind in diesem Fall Subventionen für die Vergangenheit zurück zu zahlen?
- Wie bewertet die Kommission den Umstand, dass ein Ausstieg aus der deutschen Steinkohleförderung nicht nur zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Spitzentechnologie der Bergwerkstechnik, sondern zur erheblichen Ausweitung des Imports von Steinkohle aus dem nichteuropäischen Ausland führen dürfte, die die Abhängigkeit der EU in der Energieerzeugung von Drittstaaten weiter verstärkt und deren aufwändiger Transport mit weiteren CO₂-Emissionen verbunden ist?
- Sollte die Kommission trotz dieser neuen Rahmenbedingungen und Aspekte an dem Ausstieg aus der Steinkohleförderung in der EU festhalten: Wie beabsichtigt die EU-Kommission den negativen sozialen Folgen des Ausstiegs in den betroffenen Regionen zu begegnen? Allein in der Kohleregion Ibbenbüren sind 6.000 Arbeitsplätze von der Kohle abhängig. In einer ländlichen Region wie dem Kreis Steinfurt, in der viele Einwohner nach außerhalb pendeln müssen, da der Kreis nicht ausreichend Arbeitsplätze bieten kann, ist der Wegfall einer so großen Zahl von Stellen eine Herausforderung, die alleine nicht zu stemmen ist.

Sehr geehrter Herr Oettinger,

als Vertreter einer Region, die von einem Ausstieg aus der Steinkohleförderung besonders stark betroffen wäre, sehen wir die derzeitige Beschlusslage auf europäischer Ebene mit großer Besorgnis.

Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass sich die Rahmenbedingungen im Vergleich zu denen zum Zeitpunkt der Beschlüsse deutlich verändert haben.

Insofern halten wir es für geboten, diese Fragen neu zu beleuchten.

Freundlichst möchten wir Sie bitten, die konkreten Fragen mit uns zu diskutieren.

Wir sind gern bereit, diese Fragen auch hin einem persönlichen Gespräch mit Ihnen zu besprechen und freuen uns auf einen Terminvorschlag.

Freundliche Grüße



Thomas Kubendorff
Landrat



Dr. Markus Pieper
EU-Abgeordneter für das Münsterland



Heinz Steingröver
Bürgermeister Ibbenbüren



Helmut Kellinghaus
Bürgermeister Mettingen und Vorstandsmitglied
der Zukunftsaktion Kohlegebiete e.V.



Eckhard Kellermeier
Bürgermeister Recke



Heinz Hüppe
Bürgermeister Hörstel



Winfried Pohlmann
Bürgermeister Hopsten



Ullrich Hockenbrink
Bürgermeister Westerkappeln



**Kreis
Steinfurt**



Hörstel



Hopsten



Ibbenbüren



Mettingen



Recke



**Wester-
kappeln**

Herrn
EU-Kommissar
Johannes Hahn
Member of the European Commission
B-1049 Brussels

Kontakt:
Kreis Steinfurt
Tecklenburger Str.10
48565 Steinfurt
Tel. 02551 69-0
Durchwahl 69-2703

15. November 2011

Steinkohleförderung in NRW, hier in Ibbenbüren angesichts veränderter Rahmenbedingungen

Sehr geehrter Herr Kommissar Hahn,

nach derzeitiger Beschlusslage entfällt ab dem Jahr 2018 die rechtliche Grundlage für die Subventionierung der Steinkohleförderung.

Wir sind uns bewusst, dass die EU im Sinne einer klimafreundlichen Politik anstrebt, zukünftig nur noch erneuerbare saubere Energien zu nutzen.

Auch wir sehen die Notwendigkeit, die Nutzung regenerativer Energien intensiv weiter voranzutreiben. Im Kreis Steinfurt sind wir im Rahmen des Agenda-21-Prozesses seit vielen Jahren in einer Vorreiterrolle. Wir versuchen auf den verschiedensten Ebenen den Energieverbrauch zu reduzieren und den Anteil erneuerbarer Energien deutlich zu erhöhen. Beispielhaft seien hier genannt: Das durch EFRE-Mittel geförderte Projekt „Energieautark 2050“ mit dem Masterplan Wind, das Integrierte Klimaschutzkonzept für den Kreis Steinfurt, die Beteiligung am European Energy-Award, das Angebot „ÖKOPROFIT“ für die Betriebe und die energetische Gebäudesanierung von Privathäusern durch unsere Initiative „Haus im Glück“.

Gerade angesichts der derzeitigen Entwicklungen weltweit und speziell in Deutschland stellt sich jedoch die Frage, ob die unumkehrbare Stilllegung der vier verbliebenen Zechen im Industrieland Nordrhein-Westfalen richtig ist. Hierdurch würde auf Dauer der Zugang zum Rohstoff Steinkohle verbaut.

Aktuelle Entwicklungen geben Anlass, die Möglichkeit des Offenhaltens der Förderung von Steinkohle in Deutschland zumindest zu diskutieren:

- Die Entwicklung der Energiepreise führt bereits heute dazu, dass der Bedarf an Subventionen z. B. für den Standort Ibbenbüren erheblich kleiner wird; möglicherweise kann eine zukünftige Steinkohleförderung ganz ohne Subventionen erfolgen.

- Gerade die Energiewende in Deutschland führt dazu, dass Kohle und Gas in Deutschland auf lange Sicht unverzichtbar werden. Verzichtet man auf die Förderung der heimischen Rohstoffe, führt dies zu einer verstärkten Abhängigkeit von Ländern außerhalb der EU.
- Wird in Deutschland keine heimische Kohle mehr verstromt, sondern Import-Kohle, so wird die Umwelt durch lange Transportwege zusätzlich belastet.

Angesichts dieser veränderten Situation stellen sich folgende Fragen:

- Angenommen, ab 2018 wäre die Förderung von Steinkohle in Deutschland ohne Subventionen wirtschaftlich möglich: Kann ein privater Betreiber in diesem Fall die Steinkohleförderung aus Sicht der Kommission eigenverantwortlich weiterführen? Sind in diesem Fall Subventionen für die Vergangenheit zurück zu zahlen?
- Wie bewertet die Kommission den Umstand, dass ein Ausstieg aus der deutschen Steinkohleförderung nicht nur zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Spitzentechnologie der Bergwerkstechnik, sondern zur erheblichen Ausweitung des Imports von Steinkohle aus dem nichteuropäischen Ausland führen dürfte, die die Abhängigkeit der EU in der Energieerzeugung von Drittstaaten weiter verstärkt und deren aufwändiger Transport mit weiteren CO₂-Emissionen verbunden ist?
- Sollte die Kommission trotz dieser neuen Rahmenbedingungen und Aspekte an dem Ausstieg aus der Steinkohleförderung in der EU festhalten: Wie beabsichtigt die EU-Kommission den negativen sozialen Folgen des Ausstiegs in den betroffenen Regionen zu begegnen? Allein in der Kohleregion Ibbenbüren sind 6.000 Arbeitsplätze von der Kohle abhängig. In einer ländlichen Region wie dem Kreis Steinfurt, in der viele Einwohner nach außerhalb pendeln müssen, da der Kreis nicht ausreichend Arbeitsplätze bieten kann, ist der Wegfall einer so großen Zahl von Stellen eine Herausforderung, die alleine nicht zu stemmen ist.

Sehr geehrter Herr Hahn,

als Vertreter einer Region, die von einem Ausstieg aus der Steinkohleförderung besonders stark betroffen wäre, sehen wir die derzeitige Beschlusslage auf europäischer Ebene mit großer Besorgnis.

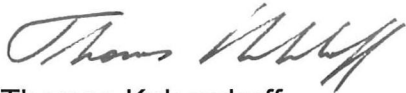
Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass sich die Rahmenbedingungen im Vergleich zu denen zum Zeitpunkt der Beschlüsse deutlich verändert haben.

Insofern halten wir es für geboten, diese Fragen neu zu beleuchten.

Freundlichst möchten wir Sie bitten, die konkreten Fragen mit uns zu diskutieren.

Wir sind gern bereit, diese Fragen auch hin einem persönlichen Gespräch mit Ihnen zu besprechen und freuen uns auf einen Terminvorschlag.

Freundliche Grüße



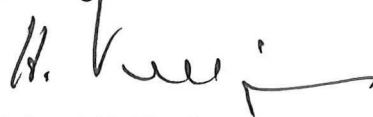
Thomas Kubendorff
Landrat



Dr. Markus Pieper
EU-Abgeordneter für das Münsterland



Heinz Steingröver
Bürgermeister Ibbenbüren



Helmut Kellinghaus
Bürgermeister Mettingen und Vorstandsmitglied
der Zukunftsaktion Kohlegebiete e.V.



Eckhard Kellermeier
Bürgermeister Recke



Heinz Hüppe
Bürgermeister Hörstel



Winfried Pohlmann
Bürgermeister Hopsten



Ullrich Hockenbrink
Bürgermeister Westerkappeln